

Kein Ladesäulen-Zwang: Die englische Regierung rudert zurück

Von Jens Meiners

Sie hat sich viel vorgenommen, die Regierung des straukelnden britischen Premiers Boris Johnson: Schon 2030 sollen im Brexit-Reich keine Autos mehr mit Verbrennungsmotor verkauft werden, Tausende von Windrädern in Land und Meer installiert sein. Teil des ambitionierten Zehn-Jahres-Plans: Jedes Geschäft und jede Firma mit mehr als 20 Parkplätzen sollte gezwungen werden, mindestens eine Ladesäule zu installieren. Doch jetzt ist diese Vorgabe klammheimlich wieder kassiert worden.

Die zuständige Behörde, das britische Department for Transport (DfT), teilt nunmehr laut einem Bericht der Zeitung „Guardian“ mit, dass der Zwang nur noch für neue oder frisch renovierte Örtlichkeiten gilt. Existierende Parkflächen sind dispensiert. Der Grund dafür kann kaum überraschen: Das DfT fürchtet, dass die hohen Kosten zu einer unzumutbaren Belastung für die ohnehin von Brexit-Wirren gebeutelte Wirtschaft werden.

Grüne Lobby-Organisationen wie „Transport & Environment“ kommentieren die neue Politik mit Verärgerung: Es sei „unerklärlich, dass eine Regierung, die sich der Abschaffung konventioneller Autos verschrieben hat, ihre eigenen Vorschläge nicht durchzieht.“

Die Unternehmen atmen auf. Der aufgehobene Zwang ist für sie ein unverhofftes Weihnachtsgeschenk. Derweil lässt das DfT einsilbig verlauten, man arbeite an einem „neuen Vorschlag“. (aum/jm)

Bilder zum Artikel



Ladestecker an einem umgebauten Jaguar E-Type. Mit einem solchen E-Oldie rollte Harry und Meghan nach ihrer Hochzeit durch Windsor Castle.

Foto: Autoren-Union Mobilität/Jaguar Land Rover
